



# Freibärger

Freibergs alternative Zeitung

## Inhalt

### Seite 1-3

Profit unterm Sonnensegel

### Seite 3-4

Stadtumbau,

Aktionstag zu

Kriegsverbrechern,

Schüsse gegen Ruhestörung

### Seite 5

Rassisten in Mügeln

### Seite 6-7

Hitlerjugend revival

Nazi-Jugend tanzt und schreibt

### Seite 8-9

Nazis in Jena, Mut gegen

Rechts, Sturm 34

### Seite 10

Satire, Vergangenes

### Seite 11-12

Tootsies & Boggle

## Editorial

*Es nimmt kein Ende mit der Nazi-Kultur in Sachsen: sie verteilen Zeitungen an Jugendliche, feiern ihre Feste wie, ergattern Immobilien wo sie wollen. Aber im Osten geht unvermindert die Sonne auf. Das Land ist ein echter Sunshine-Blues. Volle Stadtkasse dank Solar World. Auf Kosten der Steuerzahler wird die Silberstadt mal wieder richtig reich. Wem nutzt es? Den alten Menschen, denen man ihre Wohnungen wegreißen möchte, wohl nicht. Den Jugendlichen, die man so gerne in den Stadtmauern halten möchte auch nicht. Den Kühen und Schweinen, wie einige Antideutsche meinen? Wohl kaum. Bleibt nur ein kleiner Rest von Investoren. Könnte Freiberg auf die nicht einfach verzichten und dafür das Elend mit dem Namen Hartz I-IV aus der Welt schaffen? Das klingt nach wahren Christentum, wenn nicht nach*

Die Redaktion des FbÄ

Preis: 1/2 EURO

Nummer 58

Oktober/November 2007



[mad] Waren Solarmodule früher eher eine Spielwiese für Enthusiasten der erneuerbaren Energiegewinnung gilt Photovoltaik mit Solarzellen heute als ernstzunehmendes potentiell Standbein der Energiegewinnung. Noch vor einigen Jahren standen Solarzellen im Ruf mehr Energie bei ihrer Herstellung zu verbrauchen als sie letztlich während ihrer Lebenszeit selbst erzeugen. Aber das ist Vergangenheit. Diese sogenannte Amortisationszeit ist heute zum Teil auf Werte unter 5 Jahre abgesunken. Es ist aber nicht nur technischen Verbesserungen zu verdanken, dass Solarenergiegewinnung als Alternative zu Kernkraft und fossilen Energieträgern zunehmend Verbreitung findet. Ein entscheidendes Standbein der Solarbranche ist das sogenannte Energieeinspeisungsgesetz (EEG). In ihm wird festgeschrieben, dass örtliche Stromversorger den Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu einem Festbetrag aufkaufen müssen. Für Strom aus Photovoltaikanlagen liegt dieser Preis, der von vielen verschiedenen Parametern abhängt, bei etwa 50 Cent pro Kilowattstunde. Im Windschatten dieser Regelung kam es zu einem beträchtlichen Aufschwung der Solarbranche. Diese Entwicklung

ging an Freiberg nicht vorbei. Seit 1997 produziert hier die Bayer Solar GmbH, die 2000 von der Solarworld AG gekauft wurde. Die Solarworld AG nahm seit ihrer Gründung 1998 eine rasante Entwicklung. Der Gründer der Solarworld AG Frank Asbeck

## Ohne Kommentar



Stadtplaner Holger Reuter(links) nähert sich vorsichtig der Mahnwache am Rathaus

startete 1989 ein Unternehmen, das sich laut Homepage der Solarworld mit der Realisierung von Projekten der regenerativen Energiegewinnung befasste. Bei Solarworld AG produzieren in den USA, Deutschland und Schweden zusammen 1378 MitarbeiterInnen Solarmodule. Im Jahr 2006 erwirtschafteten alle MitarbeiterInnen einen Gewinn von 130,6 Millionen Euro. Eine Erfolgsgeschichte, die jedem wirtschaftsliberalen Grünwähler die Freudentränen in die Augen treibt. Der Traum von der green economy, die die Welt vor der Klimakatastrophe bewahrt und dann noch gleichzeitig die überall so arg vermissten sogenannten Arbeitsplätze schafft, scheint im Falle von Solarworld wahr geworden zu sein. Jedoch entpuppt sich dieser grünliberale Wirtschaftstraum bei näherem Hinsehen als Illusion, denn mitnichten reichen sich die Menschen bei Solarworld über alle Klassengrenzen die Hand, um gemeinsam gegen den Klimafeind CO<sub>2</sub> zu kämpfen. Solarworld ist eine Aktiengesellschaft, d.h. die allein maßgebliche Entscheidungsinstanz ist kein von den MitarbeiterInnen gewähltes Gremium, sondern ein aus vier Männern bestehender Vorstand. Selbst die ziemlich handzahme Form der Mitbestimmung in Form von Betriebsräten ist bei Solarworld keine Selbstverständlichkeit. Gibt man auf der Homepage von Solarworld den Suchbegriff „Betriebsrat“ ein, gibt es Null Treffer. Dass es in Freiberg einen Betriebsrat gibt, ist ein Relikt aus der Zeit als die Solarzellenproduktion in Freiberg noch zur Firma Bayer Solar gehörte. Im Stammsitz von Solarworld in Bonn mit über 100 MitarbeiterInnen gibt es keinen Betriebsrat. Solarworld ist damit kein Einzelfall. „Tarifvertrag, Betriebsrat, Mitbestimmung - in der Öko-Branche will man davon nichts wissen“, war am 6. August bei Spiegel online zu lesen. Aber nicht nur in Sachen mangelnder Mitarbeiterbeteiligung folgt Solarworld den herrschenden Dogmen, sondern auch die Mitarbeiterbezahlung entspricht dem aktuellen Trend von Flexibilisierung und Abkopplung von Flächentarifverträgen. In der offiziellen Darstellung von

Solarworld findet mensch zwar nichts über Betriebsräte, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, dafür gibt es bei Solarworld ein System der „Gewinnorientierten Mitarbeiterbeteiligung“ kurz GOMAB. Im Rahmen dieses Systems werden die festangestellten MitarbeiterInnen zu einem gewissen Teil am Unternehmensgewinn beteiligt. Laut Solarworld AG liegen die GOMAB-Prämien zwischen 10 und 30 Prozent des Jahresentgeldes. Jedoch werden zwei Drittel dieser Prämien gar nicht ausgezahlt, sondern verbleiben bei der Solarworld AG. Dieses mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ausgehandelte System trat 2003 in Kraft und entspricht der momentanen Stoßrichtung der sogenannten Arbeitgeber. Die MitarbeiterInnen sollen nicht nur das Risiko für ihren Arbeitsplatz tragen, sondern auch noch in die Firmen, die ihre Arbeitskraft ausbeuten investieren. Die damit scheinbar den FirmeneignerInnen also den KapitalistInnen gleichgestellten MitarbeiterInnen ver-



schärfen somit jedoch tatsächlich die Ausbeutung, der sie unterliegen, denn zum einen werden die Einlagen natürlich auch zur ständigen Produktivitätssteigerung genutzt - der Faktor Mensch wird also immer überflüssiger, das Heer der vor der Tür wartenden immer größer und damit der Druck niedrigere Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen zu akzeptieren immer stärker - und zum anderen wird diese GOMAB-Einlage vom Lohn abgezogen. Bei Solarworld liegen die Löhne 10 Prozent unter dem des Flächentarifvertrages.

Wer nicht an GOMAB teilnimmt bekommt 10 Prozent weniger Gehalt als eigentlich ihr oder ihm nach Flächentarifvertrag zustünden und die GOMAB Ansprüche sind auch erloschen. Ein besonderen Coup bietet der Umgang mit Auszubildenden. Auch deren Löhne liegen 10 Prozent unter dem Flächentarifvertrag aber Ansprüche auf GOMAB-Erträge haben sie nicht. Mitarbeiterbeteiligungsmodelle wie GOMAB sind für Unternehmer ein guter Weg, Löhne zu drücken und billig an frisches Geld zu kommen. Denn das Geld, was die MitarbeiterInnen bei Solarworld in das GOMAB-System einzahlen, wird auf der Basis des Euribor Zinssatzes verzinst, der um einen Betrag X aufgestockt wird. Der Euribor ist jedoch variabel. Im Jahr 2005 lag er bei nur 2 Prozent. Dieser Zinssatz ist natürlich viel geringer als der Zinssatz, den Solarworld zu zahlen hätte wenn es sich das Geld auf dem Geldmarkt leihen müsste. Fazit: Kapitalistische Produktions- und Ausbeutungsmethoden greifen unverändert auch in der Ökobranche in Freiberg. Aber nicht nur die direkt bei Solarworld Arbeitenden werden zur Kasse gebeten. 30 Prozent der Investitionssumme in Freiberg - 73 Millionen Euro - sind vom Steuerzahler also vorwiegend sogenannten abhängig Beschäftigten mit der Lohn- und Mehrwertsteuer bezahlt. Weitere Beispiele für Steuerzuschüsse sind Förderungen bis zu 50 Prozent für die Joint Solar Silicon GmbH & Co. KG, kurz JSSI, einer Firma an der neben Degussa die Solarworld AG mit 49 Prozent beteiligt ist. Aber nicht nur über Wirtschaftsfördertöpfe, sondern auch über Ausgaben für Wissenschaft und Forschung wird mit öffentlichem Geld der Ertrag der Aktionäre gemehrt. So ist seit 2004 Armin Müller, der seit 2002 Geschäftsführer der JSSI ist, Lehrbeauftragter an der TU-Bergakademie Freiberg. Darüber hinaus gründete sich 2005 das Technologiezentrum Halbleitermaterialien Freiberg an dem neben der Solarworld AG auch die TU-Bergakademie beteiligt

ist. Fazit: Photovoltaik wird heute wie einst die Atomkraft mit viel öffentlichem Geld bezuschusst. Darüber können auch von der Solarworld AG gestiftete Preise und Stiftungsbeteiligungen nicht hinwegtäuschen. Mensch kann vor der Leistung aller, die diese Technik auf den jetzigen Stand hoben, seien es AnlagenfahrerInnen

bei Solarworld und anderen Solarzellenherstellern, IngenieurInnen und WissenschaftlerInnen an den Universitäten nur den Hut ob ihrer Anstrengungen ziehen. Dass die Früchte ihrer Arbeit jedoch in die Taschen weniger wandern ist ein Skandal und zeigt, dass es keine grüne Volksfront zur Rettung des Plane-

ten gibt. Umso verquerer wird es wenn in der Unisonopresse Solarfirmen als Retter bei der Lösung der CO<sub>2</sub> Problematik dargestellt werden. Das ist eben nur ein Teil der Wahrheit, denn die kapitalistische Produktionsweise der auch die Ökobranche unterliegt ist nicht Teil der Lösung sondern Teil des Problems.

## Stadtumbau: Mehr Wohnqualität nach Rauswurf und Abriss?

[mump] Viele mögen es schon nicht mehr hören, trotzdem sind leider immer noch zahlreiche Freiburger von diesem Thema betroffen. So fand anfang August in der „Alten Mensa“ eine gut besuchte Podiumsdiskussion zum Thema Stadtumbau statt. Der Veranstalter war der Freiburger Altertumsverein. Auf dem Podium saßen Vertreter der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft (SWG), der Wohnungsgenossenschaft (WG), der CDU, von „Haus und Grund“, des Stadtbauforums Leipzig und andere. Nach einer kurzen Einleitung sprach zunächst Marcel Sonntag (SWG). Er versicherte, dass es ihm darum geht, die Wohnungsqualität in Freiberg zu verbessern. Ob das die Bewohner des vom Abriss betroffenen „altersgerechten Wohnens“ in Friedeburg und auf dem Wasserberg auch so sehen ist fraglich. Die von Sonntag in Aussicht gestellte „Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Freiberg“ wird, wenn sie denn über-

haupt eintritt, nur eine äußerst geringe Kompensation für das erlittene Übel derer sein, die den Ort verlassen müssen, an dem sie ihren Lebensabend verbringen wollten. Laut Sonntag soll mit dem Stadtumbau „Wohnqualität geschaffen werden, die es in dieser Form in Freiberg noch nicht gibt“, nach der aber eine Nachfrage bestehe. Herr Bellmann von der Wohnungsgenossenschaft meinte dann auch, dass z. B. zu bauende Eigenheime nicht überall hinpassen und die in Friedeburg durch den Stadtumbau freiwerdende Flächen dafür genutzt werden können. Da kommt der Verdacht auf, dass das auch für die noch abzureißenden Gebäude der SWG in Friedeburg gilt. Müssen etwa die hochbetagten Bewohner der Kurt-Handwerkstraße 2 weichen, damit zahlungskräftige Bürger sich an dieser Stelle ihr Häuschen bauen können? Anschließend zeigte Wolfgang Günther vom Stadtbauforum Leipzig einige Alterna-

tiven zum Stadtumbau anhand konkreter Beispiele auf (z.B. Selbstnutzerprogramme). Er zeigte am Beispiel der Stadt Wien, dass der Verlust von einem Drittel seiner Einwohner spurlos am historischen Stadtbild vorbei ging. Weiterhin behauptete er, dass durch den Abbruch einzelner Häuser nicht nur einmalige Baudenkmäler unwiederbringlich verloren sind, sondern Lücken geschaffen werden, welche die verbliebene Bausubstanz ebenfalls erheblich beschädigen könnten. Der weitere Verlauf der Diskussion brachte keine konkreten Ergebnisse. So wurde über das Für und Wider des Abrisses des ursprünglich als nationalsozialistische Mustersiedlung errichtete „Sonnenrads“ am Franz-Mehring-Platz gestritten. Stadtplaner Holger Reuter (CDU) betonte nachdrücklich, dass die Stadt ein klar entwickeltes städtisches Leitbild habe und Sonntag (SWG) machte sich Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Von Menschen hörte man bei ihm meist nur im Zusammenhang mit Kunden, Investoren oder Käufern. Das mahnte dann auch zu recht der Vorsitzende des Freiburger Mieterbundes Klaus-Dieter Mund an, indem er die SWG aufforderte, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern endlich auch die sozialen Folgen des Stadtumbaus zu berücksichtigen. Viele ZuhörerInnen verließen die Veranstaltung mit gemischten Gefühlen. Was wird wohl an den ganzen Beteuerungen - „es wird ja alles nicht so schlimm“ ... „wir gestalten alles so sozial wie möglich“ - am Ende dran sein?



# 1. Dezember:

## Bundesweiter Aktionstag gegen Kriegsverbrecher

Am Samstag, dem 1. Dezember, wollen wir bundesweit einen Aktionstag zu wegen NS-Kriegsverbrechen verurteilter Mörder durchführen. Im Mittelpunkt stehen dabei Beteiligte an dem Massaker in Mazarbotto. Deutsche NS-Kriegsverbrechen in Italien wurden jahrzehntelang verschwiegen, obwohl mehr als 10.000 ZivilistInnen ermordet wurden. Seit 2005 finden vor dem Militärgericht in La Spezia Prozesse gegen ehemalige Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS statt, die in den meisten Fällen mit einer Verurteilung zu lebenslänglicher Haft und Entschädigungszahlungen endeten. In Deutschland wurden die Urteile im direkten Umfeld der Mörder praktisch nie öffentlich. Die Täter wissen sich in Sicherheit, nicht zuletzt, weil die deutsche Justiz in der Regel versucht, die Täter zu entlasten und die meisten Verfahren mit skandalösen Begründungen einstellt. In ihren Wohnorten sind die Kriegsverbrecher meist geachtete Bürger. Sie leben unbehelligt, beziehen normale Rente, pflegen ihre Kontakte, führen ein alltägliches Leben und erscheinen als „ganz normale alte Männer“. Meist haben sie die Beteiligung an Kriegsverbrechen verschwiegen und dort, wo es bekannt ist, herrscht die Meinung vor, man solle Gras darüber wachsen lassen. Die umfangreichsten und daher auch bekanntesten Massaker in Ita-

lien fanden in Sant' Anna di Stazzema und Marzabotto statt. In Sant' Anna di Stazzema ermordeten am 12. August 1944 Angehörige der 16. SS-Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS“ 560 Menschen. Im Juni 2005 wurden zehn ehemalige Angehörige der Mördertruppe dafür zu lebenslang verurteilt. Bei einem Aktionstag im letzten Jahr fanden bei sechs von ihnen an ihren Wohnorten Kundgebungen statt. Der ranghöchste noch lebende Verurteilte ist der ehemalige SS-Offizier Gerhard Sommer, der in einem Seniorenheim in Hamburg-Volksdorf lebt und dort mittlerweile als Kriegsverbrecher bei den MitbewohnerInnen bekannt ist. Auch bei ihm wird 1. Dezember wieder eine Aktion geplant. Dieselbe SS-Einheit sowie hinzugezogene Wehrmacht-Angehörige ermordeten zwischen dem 29. September und dem 5. Oktober 1944 in der Bergregion Marzabotto südlich von Bologna und in den benachbarten Ortschaften 955 EinwohnerInnen. Im Januar 2007 wurden deshalb zehn ehemalige SS-Soldaten in Abwesenheit zu lebenslanger Haft und Entschädigungszahlungen an die Überlebenden und Angehörigen der Opfer in Höhe von 100 Millionen Euro verurteilt. Auch diese Mörder leben unbehelligt als „nette Opas von nebenan“ verstreut im ganzen Bundes-



*Alfred Concina, in Italien zu lebenslang verurteilt, lebt unbehelligt im Freiburger Altenheim*

gebiet. Kundgebungen vor ihren Häusern sollen den Schwerpunkt am 1. Advent bilden. Der Aktionstag soll jedoch möglichst auch die NS-Kriegsverbrecher Otmar Mühlhauser (Dillingen an der Donau), Josef Scheungraber (Otto-brunn bei München) und Max Milde (Bremen) einbeziehen. Am Umgang mit der Vergangenheit entscheidet sich die Frage, auf welchen Werten sich eine Gesellschaft gründet. Werden massenhafte Verbrechen bewusst verdrängt, Mörder gezielt nicht zur Verantwortung gezogen, sondern als „ehrwürdige Bürger“ respektiert, gibt es keinen Grund, sich über Gewaltexzesse wie Mügeln zu erstaunen.

Beteiligt euch am Aktionstag!

## Mit Schusswaffe gegen Ruhestörung

Am 23. August kam es in der Freiburger Innenstadt zu einem folgenschweren Polizeieinsatz. Eine Bewohnerin aus der Heubnerstraße hatte die Polizei um Hilfe gerufen, weil aus einer Wohnung über ihr laute Musik zu hören war. Ein Routine-Einsatz mag der Bürger denken. Die Polizei fährt vor, ermahnt die Ruhestörer und setzt notfalls eine Strafanzeige auf. In Freiberg läuft das anders: die Polizei stellt an der genannten Wohnung keine Ruhestörung fest, hört aber aus einer nicht angezeigten Wohnung Musik. Da müssen wir hart durchgreifen, könnten sich die dienstefrigen

Beamten gedacht haben. Schließlich rückt niemand umsonst mit einem steuerfinanzierten Streifenwagen aus. Sie fordern Einlass und ermahnen den Bewohner, den Hund, der durch das nassforschere Auftreten der Polizei zu kläffen anfing, zur Ruhe zu bringen. Als der betroffene Bewohner, Sven K. die Tür öffnet, fallen Schüsse. Er selber ist am Fußgelenk getroffen und sein Hund erhält einen Streifschuss. Natürlich äußert sich die Polizeidienststelle nicht öffentlich zu dem Fall, intern zucken einige Kollegen die Schultern und weisen daraufhin, dass

nicht jeder Kollege, der einen Schießprügel trägt, ein guter Polizist sein muss. Der Schütze hat sich bisher nicht bei seinem Opfer entschuldigt. Im Gegenteil stellte er nun seinerseits Anzeige wegen Körperverletzung. Man darf gespannt sein, welche Fleischwunde er präsentiert um einen Schusswaffengebrauch bei Ruhestörung zu legitimieren. Vielleicht sollte die Freiburger Polizei demnächst das Schießen auf Lautsprecherboxen trainieren, aber bitte mit Schalldämpfer.

# Mügeln: Rassistische Dorfjagd

[paz] Die Kleinstadt Mügeln, im Westen von Sachsen, hat 5000 Einwohner. Der Bürgermeister ist Mitglied der FDP, mit dem Förderverein Schloss Ruhethal e.V. ist so etwas wie eine Zivilgesellschaft vorhanden und es gibt einen linken Jugendclub. Zwar gibt es entgegen der Äußerung von OB Deuse Nazis in Mügeln, jedoch sollten diese nicht als organisiert bezeichnet werden. Trotzdem kam es in der Nacht vom 18. zum 19. August zu einem eindeutig fremdenfeindlich motivierten Angriff, der an die Pogrome der frühen neunziger erinnerte. Acht Inder wurden auf dem Mügelner Stadtfest angegriffen und mussten anschließend vor einem Mob aus 50 Deutschen in eine hunderte Meter entfernte Pizzeria flüchten. Dort konnten sich die schwer verletzten Inder mit Hilfe von herbeigerufenen Polizisten verschanzen, anschließend brauchte die angeforderte Bereitschaftspolizei mehr als eine Stunde, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Zwar sind rassistische Straftaten in Deutschland, vor allem auf Stadtfesten, an der Tagesordnung, aber die Dramatik solch einer Hetzjagd erreichen die wenigsten und bleiben deshalb von der Öffentlichkeit unbemerkt. Demnach ist es auch nicht verwunderlich, dass es am

nächsten Tag bundesweite Pressemitteilungen zu dem Vorfall gab. Während sich Herr Deuse am Sonntag weiter genüsslich das Stadtfest weiter feierte, läuteten in der ganzen Republik die „Alarmglocken“. So kam es am Dienstag zu einer antifaschistischen Spontandemonstration mit ca. 250 Teilnehmern vor Ort, an der sich auch Mügelner Jugendliche beteiligten. Der Skandal erreichte seinen Höhepunkt, Bilder von Mügeln waren in den internationalen Medien und aus der beschaulichen Kleinstadt wurde ein Nazi-Nest. Doch genau da liegt der Fehler der Medienanalyse, der Ort kann keinesfalls als Neonazi Hochburg bezeichnet werden. Gotthard Deuse hat also recht, wenn er sagt Mügeln sei „keine rechtsextreme Stadt“ und „solche Parolen (wie "Ausländer raus!") können jedem mal über die Lippen kommen“, doch ob er sich dessen bewusst ist, ist eher fraglich. Es zeigt sich, dass es keiner Nazi-Hegemonie bedarf, um aus einer Kleinstadt wie Mügeln eine „No-Go-Area“ zu machen. Rassismus, Antisemitismus und revisionistisches Denken sind tief in der Bevölkerung verankert. Am Umgang der Öffentlichkeit mit dem Vorfall wird dies deutlich. So wird zwar gegen mehrere Deutsche wegen Volksverhetzung, Körperverletzung und Landfriedensbruch ermittelt, aber auch vier Inder stehen unter Verdacht. Sie sollen die

Deutschen mit Glasflaschen verletzt haben und somit für die Eskalation verantwortlich gemacht werden. Die Täter-Opfer-Verdrehung beginnt und ein angeblicher Angriff mit Flaschen soll eine pogromartige Hetzjagd legitimieren. Wenn dann noch die Geschehnisse von oberster Stelle verharmlost werden, wie durch den sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt, der mit der Aussage „es gab nämlich keine Hetzjagd in Mügeln, sondern eine Hetzjagd auf Mügeln und die Mügelner“ auf Wählerfang geht, dann ist dies nichts anderes als Revisionismus. Nachdem Mügeln, die Mügelner und weite Teile der sächsischen Bevölkerung nun ihre Schuldigen gefunden haben, kann nun das Image im Sinne der Standortlogik wieder aufpoliert werden. Hermann Winkler (CDU), Staatsminister und Chef der sächsischen Staatskanzlei, geht damit konform und hat sich auch schon Gedanken über die sinnvolle Verwendung, der vom Bund versprochenen Gelder gemacht. „Wir müssen die Wirtschaft unterstützen, um Arbeitsplätze zu schaffen“, betont er. Damit keiner mehr auf „dumme Gedanken“ kommt. So wird Rassismus nicht zur Folge von Arbeitslosigkeit großer Bevölkerungsteile, sondern auch gleichzeitig zur Lösung.



## „Heimattreue Deutsche Jugend“ auch in Sachsen aktiv

Immer wieder stand in den letzten Monaten die völkische Kinder- und Jugendorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) im Fokus der bundesweiten Berichterstattung. Obwohl in Dresden die „Leitstelle Mitte“ der „Heimattreuen deutschen Jugend“ ansässig ist, ist diese kaum in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Denn die HDJ legt hohen Wert auf ungestörtes Agieren im Hintergrund. So griffen bei einer Veranstaltung der HDJ am 4. November 2006 in Brandenburg mehrere Nazis, unter ihnen der Bundesführer der HDJ Sebastian Rübiger ein Fernsichtteam tötlich an, da sie sich in ihrer gewünschten Abgeschiedenheit gestört fühlten. Die HDJ steht in ideologischer Nähe zu der, 1994 durch das Bundesinnenministerium verbotenen, „Wiking Jugend“ (WJ) und brachte eine Vielzahl heutiger Neonazikader hervor. Die Bedeutung des Vereins liegt in der konsequenten Ausbildung von Kindern und Jugendlichen für die neonazistische Szene. Auch in Sachsen sind Traditionslinien von der „Wiking Jugend“ zur „Heimattreuen deutschen Jugend“ sichtbar. Der jetzige Bundesführer der

HDJ, Sebastian Rübiger aus Radebeul, war der letzte Gauleiter der WJ. Dieser Posten wurde ihm damals von Frank Kaden übergeben, der Jahre später ein Buch unter dem Titel „Die sächsische Wiking Jugend“ veröffentlichte. Das Vorwort dazu verfasste Holger Szymanski – ehemaliger Pressesprecher der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und nun Angestellter der NPD-Postille „Deutsche Stimme“ in Riesa. Ein anderer, der wie Sebastian Rübiger in der WJ aktiv war, ist der Aktivist des „Nationalen Bündnis Dresden“ Eric Kaden. Die Verbindung zwischen beiden trug eine Zeitlang nicht nur politische Züge, sondern auch wirtschaftliche. So machten sie ihre Affinität zu bestimmten Epochen der Geschichte zum Geschäft und betrieben gemeinsam ein Versandantiquariat. Jenseits seiner politischen Arbeit, aber nicht unter Ausschluss seiner politischen Überzeugung ist Kaden als Karatetrainer im „Wado Kai Dresden e.V.“ tätig. Im Verein begleitet er das Amt des Vizevorsitzenden und des Jugendwarts.

In der HDJ-Zeitschrift Funkenflug wurde dementsprechend bereits einmal über eine Trainingsreise nach Japan berichtet. Unbestätigten Informationen zufolge wird Eric Kaden, der bis 2006 „Neuere und neueste Geschichte“ sowie Geschichte, Politik- und Kommunikationswissenschaften an der TU Dresden studierte, als Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schwerinern Landtag anfangen. Zwar stellten HDJ Aktivisten zu einem Großteil den Ordnerdienst zum Trauermarsch am 13. Februar 2007 in Dresden. Dennoch ist die „Heimattreue deutsche Jugend“, abgesehen von den feststellbaren personellen Kontinuitäten kaum sichtbar. Das lässt aber nicht auf Inaktivität schließen, sondern verdeutlicht vielmehr die spezielle Ausrichtung der HDJ auf Hintergrundarbeit. Unter dem Mantel der vorgetäuschten bündischen Jugend- und Pfandfinderarbeit wird vielmehr nazistische Schulung und Nachwuchsrekrutierung betrieben.

[Text: art dresden]

## Jungnazi-Fest in Dresden-Pappritz

[fbÄ, arat] Anfang August lud die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), zu einem sogenannten „Sachsentag“ nach Dresden Pappritz ein. Die Veranstaltung war der Ersatz für das NPD-Pressesfest, das dieses Jahr nicht stattfindet. Die Polizei war mit 1100 Beamten gut vertreten, konnte aber auch nicht verhindern, dass vereinzelte Nazis – insgesamt waren ca. 800 vor Ort - wie Tino Karsch, verurteiltes ehemaliges Mitglied der „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS), die bürgerliche Gegenveranstaltung aufsuchten, um dort zu provozieren. Anstoß nahmen Polizisten an einem Samuraischwert, an diversen Messern, Schreckschusswaffen, Baseballschlägern und Reizgas, alles Reiseutensilien der Neonazis. Zu Gegenveranstaltungen kamen etwa 450 Menschen, davon nahmen ca. 300 an einer Demonstration gegen das Nazi-Treffen teil. Das Ordnungsamt der Stadt Dres-

den verkürzte die Route der Demo so, dass ein Sichtkontakt zu den Neonazis unmöglich wurde. So liefen die AntifaschistInnen durch die engen Straßen des kleinen Stadtteils Dresdens

und mussten gut 200 m vor dem Nazi-treffen stoppen, das auf dem Grundstück von Wolfgang Jürgens stattfand. Die Jung-Nazis litten unter dem Verbot des Alkoholkonsums auf dem Gelände. Fol-



Eine Wagenladung von Jung-Nazis aus Freiberg wird von der Polizei kontrolliert.

[Foto: akubiz]

ge des Verbots waren deutlich zu sehen, am Eingang zum Gelände stapelten sich Bierkästen und Alkoholflaschen; viele der Teilnehmer versuchten noch eiligst ihre mitgebrachten Bierbestände aus-

zutrinken. Auf der Veranstaltung traten Udo Voigt (NPD- Parteivorsitzender), Holger Apfel (NPD-Fraktionsvorsitzender), Stefan Rochow (JN-Bundesvorsitzender) sowie Sebastian Richter (JN-Sach-

sen) auf. Musikalisch wurde der Nazischachsentag von „Sachsonia“, „Frontalkraft“, „Viking“ (Italien), „Asynja“ (Schweden) und „Prussian Blue“ (USA) beschallt.

## Nazi-Blatt für Sachsens Jugend: hetzerisch, menschenverachtend!

[fbÄ] Die NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) ist mit einer Gratis-Schülerzeitung für Sachsen "perplex" auf den Markt gegangen. Die Dresdner Staatsanwaltschaft prüft eine Indizierung des nazistischen des Propagandablatts, weil die Macher schon in der ersten Ausgabe nicht auf eine Hitlerlobhudelei verzichten mochten. Mit dem Untertitel „jung frech deutsch“, zwei sich einander entgegenreckenden Händen und einer Hasskarikatur auf Linke wirbt das Blatt um Schüler und Schülerinnen. Schlagwörter wie „Gegen die deutsche Kollektivschuldlüge“ oder „Unsere Lieder für Deutschland“ deuten auf den völkischen Kern des Blattes hin. „Diese Schülerzeitung ist der Schrecken aller linken Spießler, die Dich unterrichten“, heißt es im Editorial. Das Blättchen soll also latentes

pubertäres Rebellionspotenzial kanalisieren, und zwar in rechts-nationalistische Bahnen. „Mach Deinen Schulhof zur national befreiten Zone!“, fordert es ganz ungetarnt. Anders und unbequem sein, so wird suggeriert, heißt nationalistisch sein. Der Slogan „Lieber ungezogen als umerzogen“ zielt in die gleiche Richtung. Die Probeauflage von 30.000 Exemplaren bleibt vorerst auf Sachsen beschränkt und wird von JN-Aktivisten bevorzugt vor Schulen, Bushaltestellen und Jugendklubs verteilt. Im November soll eine zweite Ausgabe folgen. Hinter der Aktion steht der sächsische Landtagsabgeordnete und NPD-Chefpropagandist im Riesaer „Deutsche Stimme Verlag“ Jürgen Gansel. Für ihn knüpft die Schülerzeitungsoffensive an die Strategie forcierter direkter Agitation in diesem Jahr an. Eine Million Themenflugblätter und eine halbe Million Gratisexemplare des Infoblatts „Sachsen-Stimme“ der NPD zielten schon speziell auf vernachlässigte ländliche Räume. Auch perplex wirbt mit Eigenanzeigen für weitere Medien der Rechtsextremen. Allein beim jüngsten „Tag der Sachsen“ im vogtländischen Reichenbach gingen 1.500 Schulhof-CD an Schüler, Pfadfindergruppen, Jugendkapellen und Feuerwehrleute. „So unterlaufen wir spielend die Schweigemauer, die die Systemmedien um die Landtagsfraktion gebaut haben, indem sie über die Sacharbeit der NPD gar nichts berichten“, triumphiert Gansel. Die konstant hohen Umfragergebnisse der NPD, die etwa dem Landtagswahlergebnis von 9,2 Prozent des Jahres 2004 entspre-



chen, schreibt er auch dieser „zielgenauen Öffentlichkeitsarbeit“ zu. Karikaturen, Parolen und Inhalte von perplex tragen eindeutig ausländerfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Charakter. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hält sich bei der Beurteilung des Blattes bislang bedeckt. Der Leiter der Staatsschutzabteilung, Oberstaatsanwalt Jürgen Schär, in Dresden reagierte prompt: zum Auftakt der Verteilungsaktion vor einer Dresdner Berufsschule beschlagnahmten Beamte des Landeskriminalamts etwa 140 Exemplare. Oberstaatsanwalt Schär sah speziell im aggressiven Artikel über die angebliche Kriegsschuldlüge „Gefahr im Verzug“ und einen Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz. Das Amtsgericht muss diesen Beschluss nun überprüfen. Das sächsische Kultusministerium riet Schülern und Lehrern, sich im Unterricht offensiv mit dem Machwerk auseinanderzusetzen. Sobald das Blatt an Schulen auftaucht, muss es als verbotene politische Werbung ohnehin aus formalen Gründen eingezogen werden.



NPD-Abgeordneter Jürgen Gansel bei einem Nazi-Aufmarsch in Roßwein 2006

# Nazi-Showdown in Jena

[felix-s] Eigentlich war es ein super Auftakt, den die etwa 3000 couragierten GegendemonstrantInnen den BesucherInnen des „Fest der Völker“ bereiteten, einem seit 2005 jährlich stattfindenden Neonazifestival in Jena. In den frühen Morgenstunden zogen zwei Demonstrationzüge zur Oberaue, um sich dort zu sammeln, gemeinsam massenhafte Sitzblockaden zu bilden und zivilen Ungehorsam zu üben. Bereits während der Demonstration wurden fleißig orange Flyer verteilt und die DemonstrantInnen dazu aufgefordert, sich den Trägern von drei ebenfalls orangenen Flaggen anzuschließen. Da die Polizei die zentrale Zufahrtsstraße konsequent abriegelte, ging es, nachdem das vereinbarte Signal erklang, über einige Nebenstraßen, Felder und Wälder an den PolizistInnen vorbei auf die wichtigste Bundesstraße Jenas. Sofort wurden friedliche Sitzblockaden gebildet. Wir waren etwa 1500 Menschen aus allen möglichen gesellschaftlichen Schichten, je 500 Menschen blockierten außerdem zwei weitere Zufahrtsstraßen. Niemand hatte mit so einer großen TeilnehmerInnenzahl gerechnet, was den OrganisatorInnen der Blockaden völlig neue Handlungsoptionen einräumte. Zunächst war lediglich die Blockade der wichtigsten Anfahrtsstraße geplant, aber jetzt wurden wir gebeten, auch die anderen Blockaden zu unterstützen. Mit ungefähr hundert weiteren DemonstrantInnen machten wir uns auf den Weg zur parallel verlaufenden Wöllnitzer Straße und wurden dort mit Jubel und Applaus empfangen. Aus Ästen, Paletten und alten Bauzäunen war bereits eine wirksame Materialblockade aufgebaut und der Polizei gelang es nicht, die weitere Verstärkung zu verhindern. In voller Montur standen etwa ein gutes Dutzend PolizistInnen provokant vor der Blockade, ein gutes Dutzend dahinter, zogen sich aber immer weiter zurück und als sie erkannten, dass alles friedlich bleiben würde, nahmen sie sogar ihre Schutzhelme ab. Es sollte die letzte Deeskalationsstrategie an diesem Tag bleiben. Die Menge jubelte. Eine solidarische Grundstimmung machte sich breit. Es

wurde Decken ausgebreitet, Obst und Knabberzeug untereinander verteilt und jeder vorgewarnt, als Fotos geschossen wurden. Per Funk waren allen Blockaden permanent untereinander in Kontakt. So erfuhren wir mit Begeisterung, dass das Stromaggregat der Nazis aufgrund der Blockaden nicht an seinen Bestimmungsort gelangen konnte und der Veranstalter angeblich schon darüber nachdachte, das „Fest der Völker“ abzubrechen. Währenddessen bauten wir unter voller Zustimmung aller Beteiligten auf der Wöllnitzer Straße eine zweite Blockade, die Polizei war zu diesem Zeitpunkt bereits abgezogen. Ernüchterung machte sich breit, als wir per Funk erfuhren, dass eine kleinere Blockade weiter nördlich gerade unter massiven Polizeieinsatz geräumt werden sollte. Mit Tränengas wurden dort die friedlichen DemonstrantInnen auseinandergetrieben, anschließend hunderte Nazis vom Bahnhof Paradies mit Bussen durch die entstandene Lücke geschleust. Da unsere beiden Blockaden die Straßen erstmal unpassierbar gemacht hatten, entschlossen wir uns, anderweitig zu blockieren, scheiterten aber an der massiven Polizeipräsenz. Ein Clown kitzelte einen Polizisten, woraufhin dieser weg rannte. Da hier anscheinend kein Durchkommen möglich war, gingen wir wieder zurück. Unterdessen kam ein weiterer großer Zug Nazis die Bundesstraße entlang und die Polizei war fest entschlossen, diesen den Weg durch noch immer über 1000 DemonstrantInnen zu bahnen. Unser Versuch die Blockade zu

unterstützen wurde gewaltsam unterbunden und als wir entschlossen auf eine lückenhafte Polizeiblockade zu rannten, wurden Knüppel und Tränengas eingesetzt. Ein Demonstrant hatte einen Stein geworfen, allerdings nur einen Baum getroffen. Gegen DemonstrantInnen, die einem verletzten Mädchen halfen, wurden Platzverweise für die gesamte Innenstadt ausgesprochen. Wir waren unterdessen noch immer auf der Flucht, da uns die Polizei verfolgte und teilweise Tränengas einsetzte. Über Umwege gelangten wir wieder zur Oberaue, wo der Morgen begonnen hatte. Die zuversichtliche Stimmung war verflogen, aus der Entfernung tönte Nazimusic und hunderte Nazis feierten ausgiebig ihr „Fest der Völker“. Vom Bahnhof Paradies schleuste die Polizei unter lautstarken antifaschistischen Protest immer wieder mehr oder weniger große Gruppen Neonazis zum Festivalgelände. Gegen 19 Uhr kam es noch zu einer Spontandemo, was die noch immer feiernden Nazis aber nicht sonderlich interessiert haben dürfte. Zynisch verurteilten sie auf ihrem Nazi-Infodienst "Altermedia" „Angriffe auf Ausländer durch Handlanger des Systems“. Gemeint waren AntifaschistInnen, die die Anreise italienischer NeofaschistInnen blockierten. Zu Handlangern der Nazis machten sich an diesem Tag allerdings einzig und allein die Polizisten, die das „Fest der Völker“ mit ihrem Vorgehen erst möglich machten. Für uns AntifaschistInnen war es kein glorreicher Tag, das muss mensch eingestehen, aber er hat gezeigt, welche kreativen Möglichkeiten der Protest haben kann. Wir sind auf alle Fälle bereit, nächstes Jahr wiederzukommen.



*Auch phantasievolle Barrikaden konnten das Nazi-Spektakel nicht verhindern*

# 80 x MUT in Sachsen

15 Projekte für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2007 nominiert

Von Jan Schwab

80 sächsische Projekte gegen Rechts-Extremismus haben sich in diesem Jahr um den Sächsischen Demokratiepreis beworben, der erstmals am 9. November vergeben wird. Der Preis geht auf eine Anregung der Amadeu Antonio Stiftung zurück. 15 Projekte wurden inzwischen zur Nominierung ausgewählt. Sie werden in Kürze auf MUT vorgestellt. Zur Jury gehört auch der Schauspieler Wolfgang Stumph. Der Übergang auf acht Inder im sächsischen Mügeln hat die Debatte um rechtsextreme Gewalt neu entfacht. Die gute Nachricht: In Sachsen existieren zahlreiche Initiativen, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft und gegen rechtsextreme Strukturen und rassistische Gewalt einsetzen. Dieses Engagement wird jetzt belohnt – durch den Sächsischen Förderpreis für Demokratie. Der Preis wird 2007 erstmals von der Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank, der Stiftung Frauenkirche Dresden, der Freudenberg Stiftung und der Amadeu Antonio Stiftung verliehen. Die Auszeichnung ist mit zwei Preisen in Höhe von je 10.000 Euro dotiert. Der Wettbewerb für das Jahr 2007 war ein großer Erfolg: 80 Projekte haben sich in diesem Jahr um den Förderpreis beworben. Zur Teilnahme aufgerufen waren insbesondere Bürgerinitiativen, Vereine, Kommunen, Kirchengemeinden, Schulen und Unternehmen aus Sachsen. Jetzt hat die Jury 15 ermutigende und engagierte Projekte zur Nominierung ausgewählt. Bis zum Herbst bleibt es jedoch spannend - die beiden Preisträger werden erst am 9. November in der Unterkirche der Dresdner Frauenkirche präsentiert. Im Beisein von Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt. Unter den Bewerbern befinden sich viele Schul- und Bildungsprojekte, zahlreiche Jugendinitiativen, aber auch interkulturelle Projekte oder Netzwerke gegen Rechtsextremismus. Jury-

mitglied Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Sozialwissenschaftler an der Universität Bielefeld, begrüßte das große Interesse und das beeindruckende Engagement der Initiativen: „Ich bin sehr erfreut über die Vielzahl der Projekte“. Er betont, dass Demokratie nicht nur von gewählten Politikern gestaltet, sondern vor allem auch von einer engagierten und wachen Zivilgesellschaft jeden Tag gelebt werden müsse. Neben Prof. Heitmeyer sitzen unter anderem auch der Dresdner Schauspieler Wolfgang Stumph (Foto r.), und der Pfarrer der Dresdner Frauenkirche Sebastian Feydt in der Jury.

**Die folgenden Initiativen sind für den Sächsischen Förderpreis nominiert:**

Aktion Zivilcourage e.V. (Pirna), Arche Nova e.V. (Dresden), Bündnis für Menschenwürde – gegen Rechtsextremismus (Mittweida), Förderverein Schulmuseum – Werkstatt für Schulgeschichte Leipzig e.V., Gründungsinitiative Jugendforum (Chemnitz), HATiKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen (Dresden), Jugendinitiative Buntes Leben (Freiberg), Klara – Klotzscher AntirassistInnen (Dresden), Kreativhaus Dresden, Landesjugendpfarramt Leipzig, Netzwerk für Demokratische Kultur (Wurzen), Oberlausitz – neue Heimat (Löbau), Sprungbrett e.V. (Riesa), Stadtverwaltung Glauchau, Treibhaus e.V. (Döbeln).

© www.mut-gegen-rechte-gewalt.de - 24.8.2007/hk

## Haft für

### „Sturm 34“-Mitglied

Zu einem Jahr und neun Monaten Haft hat das Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Hainichen (Sachsen) den 19-jährigen Pierre N. verurteilt. Der junge Mann aus Rochlitz hatte der Neonazigruppe „Sturm 34“ angehört. Verurteilt wurde Pierre N. gestern wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung sowie Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen. Er hatte gestanden, im Februar dieses Jahres in Rochlitz gemeinsam mit Gesinnungsgenossen drei als „Linke“ ver-

dächtige Personen angegriffen und geschlagen zu haben. Die drei Opfer hatten an Anti-Rechts-Demonstrationen teilgenommen. Darüber hinaus befand ihn das Gericht für schuldig, am Neujahrmorgen zusammen mit einem anderen Schläger einen 22-Jährigen brutal angegriffen und mit einem Schlagstock krankenhaushausreif geprügelt zu haben. In Geringswalde überfiel er mit anderen Neonazis eine ehemalige Schule, die Punkern als Treffpunkt diente. Am 01.06 war Pierre N. in Rochlitz mit drei Kumpanen von der Polizei in Gewahrsam genommen worden, nachdem er am 30.05. auf einem Parkplatz vor einem Supermarkt einen 18-Jährigen geschlagen und getreten haben soll. Noch in der folgenden Nacht waren gegen 01.50 Uhr drei Frauen und zwei Männer vor dem Polizeirevier Rochlitz mit einem Transparent „Gegen deutsche Staatsgewalt“ aufgetaucht und hatten lautstark „Auskunft zum Verbleib Pierre N's.“ verlangt, so die Polizei. Am 02.06. erging ein Haftbefehl gegen Pierre N.. Während seiner Untersuchungshaft will sich der 19-Jährige von der rechten Szene gelöst haben; aus der NPD sei er ausgetreten. „Mir ist klar geworden, dass die rechte Szene nicht mein Halt ist“, wurde er von der Lokalpresse aus der Verhandlung zitiert. Zusammen mit anderen Neonazis der Kameradschaft „Sturm 34“ wird er noch in Dresden wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht stehen. Der „Sturm 34“ war im April vom sächsischen Innenminister als kriminelle Vereinigung verboten worden.

[/www.redok.de](http://www.redok.de)



Nachrichten vom anderen Stern

Satire

# Wirr Wahr Stoppt endlich die Hetzjagd auf Milbradt!

[wirr-wahr] Sie nimmt kein Ende die Hetzjagd auf den wahrhaft Deutschen Georg Milbradt. Zuerst waren es die Schergen von König Kurt dem Kleinen, die dem aufrichtigen Streiter für ein gutes Sachsen noch vor seiner Wahl zum Landesoberhaupt das Leben zur Hölle machten. Dann sägten die roten Barone an seinem Sessel. Kaum waren deren Anwürfe wegen unklarer Geldgeschäfte der Hofbank ausgesessen, fingerten dubiose Mafiosi am Lebenswerk des braven Georg. Schließlich rissen ihn ominöse Immobilienspekulanten in einen tiefen Strudel, der ihn an den Rand einer Staatskrise trieb. Zuguterletzt haben einige Inder für massive Wahrnehmungsstörungen beim biederen Christdemokraten gesorgt, die zu



Die Anti-Milbradt-Truppe innerhalb der CDU. Ex-CDU-Chef, Helmut Kohl (Bildmitte), bei einem Treffen mit dem früheren Wissenschaftsminister und Milbradt-Gegner, Matthias Rößler (rechts), auf der Albrechtsburg in Meißen im Frühsommer 2005.

erheblichen Orientierungsproblemen und Sprachverwechslungen führten. "Milbradt habe nur zuviel Apfelkost serviert bekommen", vermeldete die Staatskanzlei. Überall, wo er in den letzten Wochen dienstlich zum Essen eingeladen war, servierte man ihm Apfelmus, Apfelstrudel, Apfelkonfitüren und gefüllte Gans'l mit Granatapfel. Deswegen, so die Staatskanzlei auf Nachfrage des Wirr-wahr-Teams, habe der Ministerpräsident die Fakten zum Mordversuch an indische Mitbürger aus Mügeln schlichtweg nicht mehr richtig einordnen können. In alter Revisionistenmanier und dem Nazi-Geplärre nicht unähnlich verwechselte der sächsische Landeschef mal wieder die Opfer mit den Tätern. Die Staatskanzlei ließ inzwischen den Ministerpräsidenten für seinen Unflath (sic!) entschuldigen. Die Wahrheit notierte einst der Philosoph Walter Benjamin, sei nicht wie ein Kristall, durch den mensch einfach durchschaue. Fürwahr!



Ministerpräsident Georg Milbradt auf einer Trauerkundgebung anlässlich des antifaschistischen Angriffs auf die Stadt Dresden. Nicht weit entfernt von ihm ließ Nazi Holger Apfel sein Kränzchen nieder.

## Vergangen aber nicht vergessen

### Buchrezension

[fbÄ,ray] Spätestens nach seiner Veröffentlichung über Johann Georg Elser, hätte man Lothar Fritze nahe legen müssen, seine wissenschaftliche Karriere zu beenden. Nichts lag seinen Brötchengebern vom Dresdner Hannah Arendt Institut (HAIT) bislang ferner. Offensichtlich vertritt niemand die spezifische Moral der Totalitarismusforscher besser als Fritze. Sein neuestes Werk zum „Bombenkrieg“ der Alliierten gegen Nazi-Deutschland ist denn auch ein moralisierendes Gewölk und ein Produkt unausgewogener Forschung. Nichts von eher linken Faschismusforschern, dafür aber eine Prise vom Nazi-Liebhaber David Irving findet sich in dem Fritze-Buch. Was Irving schon jahrzehntelang in den Gazetten der Neonazis verlautbarte, liest sich bei Fritze so: „Der strategische Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung war von Anfang an völkerrechtlich unzulässig.“ Am Ende wird der Chef des britischen Bomberkommandos, der 1946 zum Luftmarschall beförderte Arthur Harris, zum Hauptübeltäter. „Staatsmänner“ wie Hitler – er agierte nach den Phantasmen von Fritze aus Angst heraus stets präventiv – und Winston Churchill – er operierte aus Wut über Nazi-Deutschland – machen ja nur Politik. Zur Re-



chenschaft zieht Fritze die amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman und Franklin D. Roosevelt sowie den britischen Premierminister Winston Churchill. Roosevelt habe mit dem Befehl zum Abwurf der Atombomben über Japan die Moral der Machtpolitik geop-  
**Die Tootsies (Serie)**

fert, Truman habe mit seiner Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ein vorzeitiges Kriegsende unmöglich gemacht und Churchill sei auf Hitlers angebliche Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden nicht eingegangen. Das Generalthema dieses Buches

ist die fast schon krankhafte Empathie für die Nazimörder, die es in Schutz zu nehmen gilt.

Lothar Fritze: Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg, Olzog Verlag, München 2007. 347 S., 29,90 [Euro].

## Mordsache

Punk-Tootsie hatte einen Ausflug in die Hauptstadt Berlin hinter sich und schwärmte am abendlichen Lagerfeuer seiner Tootsiefamilie von seiner erlebten kulturellen Vielfalt. "Keenen Moment Langeweelle!" rief er immer wieder aus. Am eindruckvollsten schilderte er die Beobachtungen am Mai-Park. "Ein wahres Soziotop!" versicherte er Tui-Tootsie, von dem er den bedeutungsschwangeren Begriff übernommen hatte. Kinder und Rutschbahnen. Vielsprachige Kommunikation. Anonymität. Fehlendes Randgruppengefühl. Straßencafes und endlose Gespräche. Es sprudelte nur so aus dem Mund von Punk-Tootsie. "Das ständige Auf und Ab an der Rutschbahn", philosophierte Punkt-Tootsie, "spiegelt nicht das wahre Leben wider; denn die Ups und Downs der Gesellschaft werden nicht von dem Vergnügen begleitet, die eine Rutschbahnpartie mit sich bringen kann. Mama-Tootsie schrieb, während sie dem Wortschwall von Punkt-Tootsie lauschte, ein paar Zeilen auf, ihr spontan einfallende reimlose Verse zum Abschied für Tui-Tootsie, der für mehrere Monate auf Montage in der Toskana arbeiten wollte: "Die Tränen trocknen. Trauer breitet sich wie ein Schleier aus. Der Wind weht und aus Tränen wird Tau. Morgentau, heute noch küsse ich, Dich!" Unterdessen arbeitete Kommissar Mario Katzenhai an seinem Mordfall weiter, der ihn weniger interessierte als die augenblicklichen Nougat-Preise. Jemand hatte das Herz der alten Dame zum Stillstand gebracht. Bei der Kontrolle, ob die Frau tot sei, muss der Täter sich über das Gesicht der Frau gebeugt und dabei einen Fussel seiner Holzfällerjacke verloren haben. Der Fund war die einzige Spur, die Kommissar Katzenhai und die

Männer von der Spurensicherung am Tatort ausmachen konnten. Es gab keine Indizien für einen gewaltsamen Einbruch in die Wohnung und auch keinen Anhaltspunkt für ein mögliches Tatmotiv. Niemand hatte zum möglichen Tatzeitpunkt etwas Auffälliges beobachtet - soweit es die Aussagen von Nachbarn und Nachbarinnen betraf. "Es muss doch möglich sein, ohne an die Macht zu gelangen, eine Gesellschaft zu verändern", begann Punk-Tootsie eine langandauernde Diskussion, zu der sich etliche Tootsies im besetzten Haus einmal wieder zusammen gesetzt hatten. Es ging heiß her im Plenum der Weltverbesserer: da wurde über die Zapatisten diskutiert, die Rolle von nationalen Befreiungsbewegungen infrage gestellt, weil sie immer nur einer nationalen Bourgeoisie genutzt hätten, die Fortsetzung des Geschlechterkampfes mit anderen Mitteln

postuliert und schließlich zum Verzicht auf jeglichen Fleischverzehr aufgefordert. "Wir brauchen mehr Negation!" rief Tui-Tootsie und schwenkte seinen Werkzeugkoffer in der Luft. "Unser Schrei der Unzufriedenheit über die Zustände dieser Welt", warf nun Bella-Tootsie ein, "muss unüberhörbar sein und darf nie verstummen." Es war kurz vor Mitternacht als Kommissar Katzenhai ein Telefax aus den USA erhielt. Tatsächlich hatten die DNA-Spuren an dem Fussel von der Holzfällerjacke zu einem erstaunlichen Ergebnis geführt. Der Träger der Jacke konnte identifiziert werden. Es handelte sich um einen Bürger der Vereinigten Staaten, aus dem mittleren Westen, dem Farmer Gary Bug, der wegen Vergewaltigungen und mehrerer schwerer Körperverletzungen auf der Fahndungsliste des FBI stand. Kommissar Katzenhai rauf-





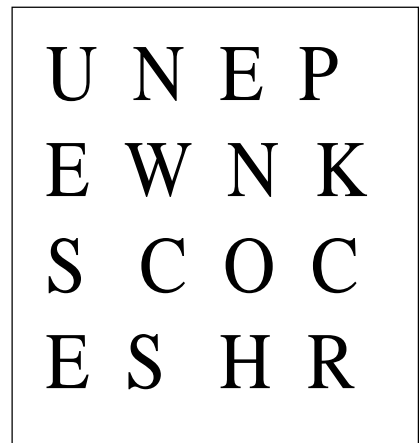
te sich die Haare, nestelte einen Nougatriegel aus der Dienstjacke und setzte sich auf seinen Schreibtischstuhl. Seine Annahme, der Mord an der alten Dame würde über kurz oder lang als unaufgeklärt in der Hängeregistratur verschwinden war falsch. Die amerikanischen Behörden hatten für den nächsten Morgen weitere Erkenntnisse versprochen und den Besuch eines FBI-Beamten im Laufe der Woche angekündigt. Kommissar Katzenhai beschloss den perfekten Dienstschluss und machte sich auf den Weg nach Hause. Als er beim Hotelier Preller vorbei kam, überlegte er kurz, noch einen Drink zu nehmen. Er verzichtete jedoch, als er bei der Überprüfung seiner Geldbörse auf eine Notiz mit der Aussage "Geld holen!" stieß. So schlich er nach Hause in Gedanken an das Tiefkühlfach seines Kühlschranks, indem er einige Nougat-Riegel deponiert hatte. Beim alten Sozialist Funke brannte noch Licht. Er hatte sich in den Berichten der SoPaDe vertieft und dort eine Stelle zum Kaufhaus Schocken in Freiberg aus dem Jahre 1935 entdeckt. "In Freiberg i. Sa. ist die Polizei", stand dort für September notiert, "gegen den Judenboykott eingeschritten. Das dortige Kaufhaus Schocken (Stammhaus in Chemnitz) beschäftigt arisches Personal, der Lagerleiter ist „alter Kämpfer“. Dieser ist zur Polizei gelaufen und hat das Einschreiten verlangt, worauf die Polizei die Boykottposten von ihren Plätzen verwiesen hat. Das Kaufhaus hat jetzt erhöhten Umsatz. In Radeberg i. Sa. bei Dresden war an das Schaufenster eines jüdischen Geschäftes mit Ölfarbe geschmiert worden: „Joseph verrecke!“ (Der Geschäftsinhaber heißt mit Vornamen Joseph) Am anderen Morgen stand neben der Aufschrift nur das Wörtchen: 'welcher?'" Hier schmunzelte der Sozialist Funke und war ein wenig über die folgenden Sätze überrascht. SACHSEN, 1. Bericht: Die Judengesetze werden nicht sehr ernst genommen, denn die Bevölkerung hat andere Sorgen und ist zumeist der Ansicht, daß der ganze Judenrummel nur veranstaltet wird, um die Menschen von anderen Dingen abzulenken und der SA Beschäftigung zu geben. Man darf aber

nicht meinen, daß die Judenhetze nicht auch die gewollte Wirkung auf viele Menschen habe. Im Gegenteil, es gibt genug Leute, die im Banne der Judenverfemung stehen und die Juden als die Urheber manchen Mißstandes betrachten. Sie sind zu fanatischen Judengegnern geworden. Diese Feindschaft äußert sich vielfach in der Form, daß man Volksgenossen wegen ihres Verkehrs mit Juden bespitzelt und denunziert, wohl auch, in der Hoffnung, dafür bei der Partei Anerkennung und Bevorzugung zu finden. Die Massen der Bevölkerung ignorieren aber die Judendiffamierung, sie kaufen sogar mit demonstrativer Vorliebe in jüdischen Warenhäusern und nehmen gegen die kontrollierenden SA-Posten, vor allem, wenn diese photographieren wollen, eine recht unfreundliche Haltung ein." Die Tootsies waren inzwischen längst auf ihren Matratzen eingeschlafen.

*Übereinstimmungen mit realexistierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.*

## Rätsel-Eckchen

Was steckt so alles d'rin?



## Boggle für alle

*Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draußen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Gutschein für einen Brunch im Antik-Cafe in der Waisenhausstraße und darf einmal richtig gut schlemmen! Das Boggle aus Nr. 57 gewann **Erich K.** aus Kleinschirma. Herzlichen Glückwunsch, viel Spaß beim Brunch und allzeit "Gut Boggle!"*

**Impressum** V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.